

LCH-Befragung zur «inklusionsorientierten Schule» Gewaltige Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit

von der LVB-Geschäftsleitung



Einige zentrale Befunde der LCH-Befragung mit über 10'000 Lehrpersonen: gesunkenes Leistungsniveau, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler kommen zu kurz, massive Belastung durch herausforderndes Verhalten – und zwischen den Gelingensbedingungen und der Wirklichkeit klappt eine Lücke von bis zu 76 Prozentpunkten. Leider keine Überraschung.

Verschlechterungen aller Art

Über 10'000 Aktivmitglieder des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) haben zur «inklusionsorientierten Schule» Auskunft gegeben. Überdeutliche Mehrheiten geben an, die Entwicklung hin zur inklusionsorientierten Schule habe ihre Arbeitsbelastung erhöht, fühlen sich in Situationen mit herausforderndem Verhalten stark belastet und sehen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu kurz kommen. 60 % der

Baselbieter resp. 52 % der übrigen Teilnehmenden finden, das allgemeine Leistungsniveau sei mit der inklusionsorientierten Schule gesunken.

Wunschdenken statt Realitätssinn

Für den LVB kommt dieses Ergebnis nicht überraschend: Er hat seit der Einführung der integrativen Schule wiederholt davor gewarnt, dass deren zentrale Voraussetzungen, allen voran genügend ausgebildetes Fachpersonal, weder vorhanden sind noch

auf absehbare Zeit beschafft werden können. Zudem hat der LVB von Anfang an in einer zusätzlichen Erhöhung der ohnehin enormen Heterogenität von Klassen in der Volksschule nicht nur Chancen erkannt, sondern auch Risiken der Überlastung gesehen. Eingeführt und ausgebaut wurde das System dennoch. Jetzt liegt die Quittung vor, ausgestellt von über 10'000 Fachpersonen: Die Schulen leisten, was sie können. Es fehlt nicht am Einsatz der Lehrpersonen. Das Kernproblem ist ein Auftrag, der nie realistisch ausgestaltet war.

Die Befragung von gfs.bern im Auftrag des LCH fand vom 2. bis zum 31. März 2026 statt. Die zentralen Ergebnisse, jeweils für die Sektion Basellandschaft und in Klammern für die übrigen LCH-Mitglieder:

Belastung

84 % (83 %) stimmen der Aussage zu, die Entwicklung hin zur inklusionsorientierten Schule habe ihre Arbeitsbelastung erhöht. 81 % (81 %) fühlen sich in Situationen mit herausforderndem Verhalten stark belastet. Nur 36 % (45 %) geben an, die Idee im Berufsalltag gut umsetzen zu können.

Bilanz

52 % (47 %) stimmen der Aussage zu, die inklusionsorientierte Schule sei gescheitert. 76 % (71 %) sehen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu kurz kommen; 60 % (52 %) stimmen der Aussage zu, das allgemeine Leistungsniveau sei gesunken. Diese Rückmeldungen stehen in deutlichem Kontrast zu Stimmen aus der Bildungsforschung, wonach vom inklusiven Unterricht *alle* Schülerinnen und Schüler profitierten und Umsetzungsprobleme in erster Linie eine Frage der Haltung seien. Die Befragung stützt diese Deutung nicht: An der Haltung fehlt es gemäss den Daten gerade nicht, denn 97 % der Ba-

selbster Befragten halten eine positive Haltung aller Beteiligten für wichtig und 68 % erleben sie an ihrer Schule auch als gegeben.

Fehlende Voraussetzungen

99 % der Baselbieter Befragten beurteilen ausreichende zeitliche Ressourcen als wichtig für das Gelingen, aber nur 23 % sehen sie im Berufsalltag als gegeben. Bei den finanziellen Ressourcen beträgt das Verhältnis 98 zu 25 %, bei den personellen Ressourcen 98 zu 31 %, bei zeitnahen Diagnosen und Förderplänen 95 zu 27 %. 84 % beurteilen die Zeitspanne zwischen einem Unterstützungsantrag und dessen Umsetzung als zu lang.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist eklatant. Eine Lücke von bis zu 76 Prozentpunkten zwischen anerkannter Notwendigkeit und Realität im Schulzimmer ist kein Umsetzungsdetail; sie dokumentiert, dass hier seit Projektbeginn Wunschen an die Stelle realistischer Planung getreten ist. Die Verantwortlichen in der Politik, an den Pädagogischen Hochschulen und an der Hochschule für Heilpädagogik können diesen Befund nicht mehr ignorieren.

Zielerreichung

80 % bestätigen, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf in Regelklassen integriert sind. Gleiche schulische und soziale Chancen für diese Kinder – das Hauptanliegen der Inklusion schlechthin! – sehen jedoch gerade einmal 28 % als verwirklicht, der tiefste Wert aller abgefragten Ziele der integrativen Schule.

Gewarnt, eingeführt, bestätigt

Der LVB hat die Risiken der flächendeckenden Integration seit deren Einführung wiederholt und öffentlich aufgezeigt, unter anderem in seiner Umfrage «Belastungsfaktoren im Lehrberuf» aus dem Jahr 2022. Die LCH-Berufszufriedenheitsstudie 2024 wies die Integrative Schule ebenfalls als Sorgenkind aus. Die Einschätzung des LVB lautete stets: Ein Auftrag, dessen Gelingensbedingungen von Beginn weg nicht gegeben sind, wird diese Bedingungen auch durch wie-

Zahlen kompakt

- **84 %** sagen, die Arbeitsbelastung sei durch die inklusionsorientierte Schule gestiegen.
- **81 %** fühlen sich durch herausforderndes Verhalten stark belastet.
- **76 %** sehen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu wenig berücksichtigt.
- **60 %** stellen ein gesunkenes allgemeines Leistungsniveau fest.
- **36 %** können die Idee im Berufsalltag gut umsetzen.
- **28 %** sehen gleiche schulische und soziale Chancen für Kinder mit besonderem Förderbedarf – das Hauptanliegen der Inklusion – als verwirklicht.

Situative Neuausrichtung

- Verbindliche Mitsprache der Lehrpersonen bei Beschulungsentscheiden.
- Rasche, unbürokratische Zugänge zu separativen und teilseparativen Angeboten, wo sie dem Kind besser dienen.
- Die Möglichkeit, nicht gelingende Integrationen frühzeitig zu beenden.
- Entlastung dort, wo die Belastung nachweislich entsteht, insbesondere bei herausforderndem Verhalten und in den Verfahren.
- **Integration ja**, wenn sie pädagogisch sinnvoll, für das Kind passend und im Schulalltag leistbar ist.
- **Integration nein**, wenn dadurch der Unterrichtsbetrieb verunmöglicht oder die Belastung unzumutbar wird.

derholte Bekenntnisse nicht herbeizwingen können. Die vorliegende Befragung bestätigt diese Einschätzung – auch 15 Jahre nach der Einführung.

Position des LVB

Der LVB zieht aus diesen Ergebnissen einen klaren Schluss: Es ist nicht absehbar, dass die erforderlichen Ressourcen im erforderlichen Umfang je bereitgestellt werden – und selbst wenn, wäre auch dann nicht garantiert, dass ein stark dogmatischer Ansatz überhaupt funktionieren würde. Integration ja, wenn es für alle Direktbeteiligten sinnvoll und leistbar ist – aber Integration nein, wenn dadurch der Unterrichtsbetrieb verunmöglicht oder die Belastung unzumutbar wird.

Der LVB fordert deshalb – erneut – eine situative Neuausrichtung: verbindliche Mitsprache der Lehrpersonen bei Beschulungsentscheiden; rasche, unbürokratische Zugänge zu separativen und teilseparativen Angeboten, wo sie dem Kind besser die-

nen; die Möglichkeit, nicht gelingende Integrationen frühzeitig zu beenden; sowie Entlastung dort, wo die Belastung nachweislich entsteht, insbesondere bei herausforderndem Verhalten und in den Verfahren.

Dass dieser Handlungsbedarf im Kanton über die Parteigrenzen hinweg erkannt ist, zeigen zwei im Landrat (fast) einstimmig überwiesene Postulate: das Postulat 2023/62 von Anita Biedert-Vogt (SVP) zur Einführung von Förderklassen für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler sowie das Postulat 2023/239 von Miriam Locher (SP), welche eine Anpassung der Kaskade zur separativen Beschulung und einen früheren Ausstieg aus integrativen Angeboten verlangt.



Postulat
Anita Biedert (SVP)



Postulat
Miriam Locher (SP)